

Einzelpreis 5000 Mk.

Bezugspreis für September wenn vor

dem 3. September entrichtet:

In der Geschäftsstelle 110.000 Mk. pol.

Durch Zeitungsboten 120.000

die Post 12.000

Ausland 150.000

Redaktion und Geschäftsstelle

Lodz, Petrikauer Straße Nr. 86.

Telephon Nr. 6-86.

Postcheckkonto 60.689

Honorare werden nur nach vorheriger

Vereinbarung gezahlt. Unverlangt ein-

gesandte Manuskripte werden nicht auf-

bewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Ercheint mit Ausnahme der son-

ntagen folgenden Tage frühmorgens

Anzeigenpreise:

Die 7-gesp. Millimeterzeile 1800 Mk. pol.

Die 3-gesp. Reklamezeile (Millim.) 6000

Eingeliefert im lokalen Teile 12000

bis zum 6. September wenn im voraus

entrichtet.

Für Arbeitsjüngende besondere Vergüt-

ungen. Anzeigen an Sonn- und

Feiertagen werden mit 25 Prozent be-

rechnet. Auslandsinserate 50% Zuschlag

Bei Betriebsförderung durch höhere Ge-

walt, Arbeitsniederlegung, Schließung

der Zeitung oder Aussperrung hat der

Bezieher keinen Anspruch auf Nach-

lieferung der Zeitung oder Rückzahlung

des Bezugspreises.

Nr. 105.

Lodz, Mittwoch, den 19. September 1923.

1. Jahrgang.

Deutschland vor dem finanziellen Zusammenbruch.

1 Dollar 330 Millionen Reichsmark. — Das neue Valutaprojekt der deutschen Regierung.

Berlin, 18. September. (Pat.) Seit gestern steht die Berliner Börse unter dem Zeichen der Panik. Der Dollar hat den Kurs von 220 Millionen Reichsmark überstiegen. Nachrichten aus New York zufolge werden dort zahlreiche Geschäfte heute in deutscher Mark gemacht. Auf der New Yorker Börse besteht nur noch ein theoretischer Kurs der deutschen Mark. Als Ursache des neuerlichen Marksturzes wurde die Sonntagsrede Poincaré, die Notwendigkeit weiterer Kredite für das Ruhrgebiet sowie die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten angesehen, in der dieser der Stresemann-Regierung sein Vertrauen absprach.

Wien, 18. September. (Pat.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Berlin, daß auf dem Geldmarkte ein vollständiges Durcheinander herrscht. Heute wurden um 1/2 12 Uhr der Pfund Sterling mit 1.600.000.000 und der Dollar mit 330.000.000 Reichsmark notiert. Infolge des Einstreitens der Reichsbank fielen die Devisen und zum Schluß wurde ein Pfund Sterling mit 680.000.000 M. verzeichnet.

Berlin, 18. September. (Pat.) Das heute veröffentlichte Valutaprojekt der Regierung sieht eine Unabhängigmachung der Reichsbank von den Staatsfinanzen vor. Papiergeld ohne Deckung wird nicht mehr herausgegeben. Es wird drei Arten von Geld geben: 1. Eine vollständige, auf das deutsche Volkstum gestützte Grundvaluta, 2. eine Papiermark als Umlaufmittel, die man nach einem bestimmten Kurs in die vollständige Valuta umwandeln können und 3. eine Goldmark, die durch die auf eine private Emissionsbank umgewandelte Reichs-

bank herausgegeben werden wird. Die Goldmark wird nur gegen durch Gold oder Fremdwaluten gedeckte Wechsel ausgetauscht werden.

Die Presse hebt hervor, daß dieses Projekt sehr kompliziert sei. Drei Arten von Geld seien vorgeschlagen, zu dem Zweck, um über die wertbeständige Valuta leichter zur Goldvaluta gelangen zu können.

Berlin, 18. September. (Pat.) Das Finanzministerium hat einen Entwurf ausgearbeitet, der die Aufhebung der Einfuhr von entbehrlichen Waren und Luxusartikeln zum Ziele hat, zu welchem Zweck der Zoll von 32 1/2 auf über 100 Prozent erhöht werden soll.

Berlin, 18. September. (Pat.) Die Regierung unterbreitete dem Reichstag das dritte Ergänzungsbudget zum diesjährigen Jahresbudget. Auf Grund dieses Budgets wird die Regierung berechtigt sein, weitere Kassenheine auf die Summe von 100 Billionen Mark herauszugeben.

Mannheim, 18. September. (Pat.) Die Schriftleiter sämtlicher Zeitungen sind gestern unbedingter Lohnforderungen wegen in den Ausstand getreten. Heute erschienen nur die radikalen Blätter.

Eine Hitler-Parade.

Daf, 17. September. Die gestrige Reichsflaggenweihe und der Deutsche Tag waren von mehreren Hunderten aus Nordbayern, Sachsen und Thüringen besucht. Admiral Scheer und Adolf Hitler nahmen die Parade ab. Der Reichsmarsch des militärisch geführten Tages nahm unter Führung von Offizieren und Marinevertretern in Uniform ca. eine Stunde in Anspruch.

Zusammentreffen Baldwins mit Poincaré.

London, 18. September. (Pat.) Der englische Ministerpräsident Baldwin verläßt morgen zusammen mit seiner Gemahlin Big Be Baldwin und begibt sich nach Paris, wo er sich drei Tage aufhalten gedenkt. Während seines Aufenthalts in Paris wird Baldwin dem englischen Votschaftler und zweifelslos auch Poincaré einen Besuch abstatten. Es muß festgestellt werden, daß dies das erste Zusammentreffen beider Ministerpräsidenten ist.

Paris, 18. September. (Pat.) Wie die Havas-Agentur erfährt, will Poincaré bei seinem Zusammentreffen mit Baldwin diesem seine Ansichten über die wichtigsten Probleme der laufenden Politik, über die Reparationsfrage und die Frage der interalliierten Schulden mitteilen.

„Solidarische Gastpflicht“.

Ein Russe rächt sich an Pariser Kommunisten.

Paris, 18. September. (Pat.) Gestern mittag sprach in der Wohnung des bekannten Kommunistenführers Rapoport ein Arbeiter vor. Als die Tochter Rapoport die Eintrittstür öffnete, schoß der Arbeiter mit einem Revolver nach ihr und traf sie in die Brust. Wie die Untersuchung ergab, ist der Arbeiter ein Russe, namens Iwan Kleischew. Er gestand, den Anschlag aus dem Grunde verübt zu haben, um gegen die in Rußland herrschenden Verhältnisse zu protestieren.

Erdbeben in Kalifornien.

Einem Junge aus London zufolge wird Kalifornien (Amerika) von Erdbeben heimgesucht.

Aus Syrakus wie auch von der Insel Malta wird berichtet, daß dort am Dienstag Morgen Erdbeben verspürt wurden.

Das aufziehende Gewitter.

Aus den Jägern ist Bild geworden: die Chjena, die mit Verfalligkeit und Bist die Regierung der „sozialistischen Mehrheit“ angedrängt, und alle, die ihr bei diesem Beglunen im Wege waren, rücksichtslos über den Haufen gerannt hat, wird jetzt selbst gehegt. Eine jede Schuld rächt sich eben auf Erden und auch die Chjena- Herrlichkeit kann nicht ewig währen.

Das aus dem verschiedenartigsten Baumaterial errichtete Gebäude der Chjena-Regierung zeigt bedenkliche Risse: der Mittel, der die Bausteine zusammenhalten sollte, zerbröckelt. Die Baumeister sehen ihr Gebäude wanken, müssen aber ratlos zusehen, da das Bauwerk von vornherein verpufft war: nur aus einheitlichen Bausteinen kann ein Werk errichtet werden, das dauerhaft ist.

Die verschiedenen Parteien und Gruppen, die die Gefolgschaft der Wilos-Regierung bildeten, streben von einander fort; zu spät haben sie erkannt, daß ihre Interessen viel zu sehr auseinandergehen, als daß ein Hand in Hand-Arbeiten auf die Dauer möglich wäre. Bauern („Bast“) und Gutbesitzer (Nationaldemokraten) sind gerade bei uns in Polen viel zu alte Feinde, als daß eine längere Zusammengehen beider denkbar wäre. Dasselbe ist der Fall mit den Arbeiterparteien im Schoße der Chjena (N. B. R. und Christliche Demokraten) und den Großindustriellen, die im Lager der Nationaldemokraten nach den Gutbesitzern das große Wort führen. Auch hier ein Auseinanderstreben der Interessen. Wilos, dessen Bauernschlüsse früher als alle anderen den Zusammenbruch seiner Premierchaft kommen sah, versuchte durch Ausschiffung einiger Minister seine Regierung den Massen angenehmer zu machen. Vergebens! Die Unzufriedenheit, die sich anfangs nur in den Kreisen der sozialistisch orientierten Arbeiterchaft, der Kleinbauern und des größeren Teiles der bürgerlichen Minderheiten bemerkbar machte, ergreift immer weitere Schichten der Bevölkerung. Die Blätter der Christlichen Demokraten finden immer öfter bittere Worte der Verurteilung für die Regierung in Warschau, und der andere Arbeiterpfeiler, auf dem sich die Chjena-Regierung stützt, die N. B. R., hat einen bedenklichen Sprung erhalten. Dieser Sprung war für die näher Eingeweihten längst kein Geheimnis mehr, durch den Austritt Wachowiatz vom Vorsitz des Parlamentsklubs der Nationalen Arbeiterpartei ist er auch für die abseits Stehenden sichtbar geworden. In der Nationalen Arbeiterpartei prallen zwei Richtungen scharf aneinander: eine reaktionäre, deren Vertreter eben der genannte Abgeordnete Dr. Wachowiatz war, und eine radikale, die den Abgeordneten Ciszek zum Führer hat. Der Einfluß der radikalen Richtung steigt fortgesetzt und bedroht den Kontrakt der Partei mehr und mehr, so daß Wachowiatz Stellung unhaltbar wurde und er schließlich gehen mußte.

Die Wilos-Opposition hat also zwei — wenn auch noch nicht ganz erklärte — Verbündete in des Chjena-Gaunzlings eigner Lager. Rein Wunder darum, daß sie die Einberufung des Sejms mit allem Nachdruck anstrebt: es soll zum Generalkrieg geblasen werden. Abg. Dombzki, Wilos'einstiger langjähriger Mitarbeiter, hat seine Mannen der Wyzwolenie-Gruppe der Polnischen Volkspartei angeführt und zusammen mit ihr eine neue Partei ins Leben gerufen, die sich „Verband der roten Polnischen Parteien“, „Wyzwolenie“ und „Jedność Ludowa“ nennt. Die Führer der neuen Partei (Chugut, Wozniak, Dr. Batek, Wyszouch, Dombzki und Wilkonzki) sind alte Kämpen, die Wilos aus gemeinsamen Schammügeln gegen von ihm befehligte frühere Rivalen kennen und sicher auch fürchten gelernt hat. Es ist nicht gut, einstige Freunde zu Feinden zu haben: sie kennen die eigenen verwundbaren Stellen zu genau.

Es darf nicht übersehen werden, daß die neue Partei die zweitstärkste politische Gruppierung des Sejms sein wird.

Das Wichtigste im Blatt:

Offizieller Dollarkurs = 200.000 poln. Mark.

Deutschland vor dem finanziellen Zusammenbruch.

Eine Hitler-Parade.

Baldwin und Poincaré treffen heute zusammen

Ernennung eines italienischen Gouverneurs in Fiume.

Auflösung des südslawischen Parlaments.

Verhaftung der bisherigen Regierung in Spanien.

Das aufziehende Gewitter (Fortsetzung)

Erdbeben in Kalifornien.

Manie soll eine Kirche erhalten.

Verhehlerte Annexion Fiumes?

Ein italienischer Gouverneur in Fiume.

Belgrad, 18. September. (Pat.) Der italienische Geschäftsträger erklärte heute im Außenministerium, daß die Ernennung des Generals Giardini zum Gouverneur von Fiume nicht im geringsten eine Aenderung des Status dieser Stadt bedeute. Sie ist lediglich als Vorichtsmaßregel (!) gegen etwaige Ausschreitungen radikaler Elemente in Fiume anzusehen, deren Tätigkeit sich während der letzten Tage recht bemerkbar machte.

In Berlin hat die Nachricht von der Ernennung Giardini zum Gouverneur von Fiume großen Eindruck gemacht. In sämtlichen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Gang der Dinge mit kaltem Blut abgewartet und daß Mussolini vertraut werden muß, da es zweifellos gelingen wird, eine Entwicklung der Dinge in Fiume vorzubeugen, die eine Verschlechterung der südslawisch-italienischen Beziehungen nach sich ziehen könnte.

Fiume, 18. September. (Pat.) Der Gouverneur Fiumes, General Giardini ist hier gestern nachmittag eingetroffen und hat die Regierung vom Vize-Vorsitzenden der Konstituante übernommen.

Auflösung des südslawischen Parlaments.

Belgrad, 17. September. Der König hat ein Dekret betreffend die Auflösung des Parlaments unterzeichnet.

Verhaftung der bisherigen spanischen Regierung.

Paris, 18. September. (Pat.) Havas brachet aus Madrid, daß dort die Minister der letzten Regierung verhaftet worden.

Madrid, 18. September. (Pat.) Hier wurde ein Dekret veröffentlicht, durch das die verfassungsmäßigen Garantien in Spanien aufgehoben werden.

Und die P. P. S. Die polnischen Sozialisten haben niemals ein Gebl daraus gemacht, daß sie die Witos-Regierung mittelst des Kampfes. Zuletzt hat einer ihrer Führer, der Abg. Hermann Diamant, in seinem auch von uns mitgeteiltem Nobilitations-Artikel „Den Sejm einberufen!“ den Standpunkt der P. P. S. gegenüber der Witos-Regierung genau umschrieben. Der Hauptzitat dieser Partei hat während zweitägiger Beratungen ganz un- zweifelhafte erklärt, daß der Tag des offenen Kampfes mit der Chjena-Plast-Regierung nahe sei. Um den Sieg desto sicherer zu machen, haben die polnischen Sozialisten be- schlossen, die Gründung eines Blocks der linken Parteien in die Wege zu leiten. Wir wissen, daß der Antrag zur Gründung dieses Blocks bereits gemacht wurde: die P. P. S., die deutschen Sozialdemokraten, die deutsche Arbeiterpartei und der jüdische „Bund“ haben eine gemeinsame Kampffront gebildet.

Und wir Deutschen? Zu viel ist uns von der Chjena angehen worden, als daß wir uns nicht auf der Seite ihrer Gegner befinden sollten. Die rücksichtslose Be- kämpfung unserer Schulen und Organisationen bildet ein schwarzes Blatt im Buche der Regierung der Chjena. Dessen ungeachtet bringt sie den traurigen Mut auf, durch den Mund ihres Vertreters beim Völkerbund öffentlich erklären zu lassen, das Verhalten Polens seinen Minderheiten ge- genüber sei durchaus liberal und die Lage des deutschen Schulwesens in Polen sehr günstig. Ob Herr Skirmunt nicht erörtere, als er diese, gelinde gesagt, gewagte Be- hauptung vor den Vertretern der Völker der Welt auf- stellte?

Nein, von den Deutschen hat Witos nichts zu er- warten!

Die Juden haben einst für ihn gestimmt. Das war einst. Sie ließen sich damals von den gleichen Schlan- genworten der Chjena betören. Zum Dank bescherte sie ihnen den numerus clausus! Ich glaube, auch die Juden werden Witos im Stich lassen!

Der alte Vogt von Wierzboslawice mußte ein schlech- ter Politiker sein, wenn er das aufstrebende Gewitter nicht sehen würde. Er hörte das Donnergeräusch lautstark, schrie auch laut nach Mitteln aus, das Unheil wenig- stens dies eine Mal noch abzuwenden.

Herr Witos hat seinem französischen Kollegen ein Mittel abgekauft, das endlich erwachte Gewissen seiner Landsleute wieder einrußen. Er redet. Er redet ohne Unterlaß. In seiner engeren Heimat Galizien sowohl als auch in den übrigen Teilgebieten Polens. Zuletzt in Ken- nen, in dem Lande, wo die P. P. S. und die Christliche Demokratie, seine schwankend gewordenen Mitläufer, zu den stärksten Parteien zählen. Wenn man von den üblichen Phrasen, die sich an das „patriotische Gefühl“ der Zuhörer wenden, absteht, wird man finden, daß Witos' Reden sich sehr, sehr geändert haben. Wo sind die Versprechungen geblieben, mit denen die Chjena-Führer früher so freigebig herumwarfen? „Die Verhältnisse in Polen sind nicht ideal.“ Endlich gesteht Witos das ein, was alle Welt weiß. Wer hat aber unendlich viel dazu beigetragen, daß sie so wenig ideal wurden? Der Großbauer Witos schämt sich keinesfalls an die eigene Brust und gesteht buchstäblich ein: mea culpa, meine Scham! O nein! Da wäre er nicht Witos, der Mann der Chjena. Was andere ist schuld, nur nicht die Regierung. Der Liberalismus vor allem. Man möchte lachen, wenn nicht so unendlich traurig wäre. Der Liberalismus! O ja, gerade die Chjena-Regierung war stets sehr, sehr liberal!

Das Grinsen des aufstrebenden Gewitters hat Witos' Gesicht doch so weit geweitet, daß er ausag: Auch der Chauvinismus ist schuld daran, daß es uns so schlecht geht. Ja, Herr Witos! Der Chauvinismus vor allem. Das ist das Grundübel, an dem Polen krankt, und solange diese Schwärze an dem sonst so gesunden Körper breiten wird, so lange werden Polens Verhältnisse nicht „ideal“ sein.

Sollten die Bemerkungen des Senatorenkonvents des Sejms, die von der Chjena laborierte Einberufung des Parlaments noch in diesem Monat durchziehen, Erfolg haben, so wird das Gewitter, das sich über Witos aufzu- menscht, sich bald entladen. Ob es die ungesunde Atmosphäre, in der wir jetzt atmen, reinigen wird, wird von dem ein- mütigen Handeln derjenigen Vertreter der Bevölkerung Polens abhängen, die der wahren Demokratie zur endlichen Herrschaft in Polen aufrichtig verhelfen wollen.

A. K.

Parlamentsnachrichten.

Um die Einberufung des Sejms.

Warschau, 18. September. (Pat.) Die Abg. Chrenit, Balet und Dembicki haben im Namen ihrer Klub an den Sejmhall ein gemeinsames Schreiben gerichtet, in dem sie sich an ihn mit der Bitte um Be- schleunigung der Einberufung des Sejms wandten.

Kurze telegraphische Meldungen.

Vom 20. September ab werden im Telefonverkehr zwischen Danzig und Deutschland auf Goldgrundlage sich stützende Gebühren eingeführt.

Bei den tschechischen Mandatären in der Nähe von Bockowice haben die tschechischen Sol- daten mehrere tschechische Offiziere, darunter Hauptmann Janita, erschossen. Die tschechischen Be- hörden bemühen sich, diesen Fall zu vertuschen.

Die Ausschaltung der Deutschen aus dem Bezirkschulrat.

Von der Stadtverordnetenfraktion der Deutschen Ar- beiterpartei Polens wird uns geschrieben:

„In Anbetracht der in den heutigen Tagesblättern erschie- nen Notizen über die Wahl der Vertreter der Stadt in den Bezirkschulrat bitten wir im Interesse der Aufklä- rung der deutschen Wählerschaft um die Aufnahme folgen- der Zeilen in der morgigen Folge Ihres gesch. Blattes:

In der vorletzten Sitzung des hiesigen Stadtrats wurde die Wahl von 4 Mitgliedern des Stadtrats und 4 Vertretern in den Bezirkschulrat dem Senatorenkonvent zur Erledigung überwiesen. Die Vertreter der Stadtver- ordneterfraktion der Deutschen Arbeiterpartei im Senatoren- konvent, die Stadtverordneten Klim und Ruz verstanden es, die Fraktion der P. P. S. dazu zu bewegen, auf einen eigenen Vertreter zu verzichten und den Sitz im Schulrat dem Fraktionsvorsitzenden Lehrer Klim zu übertragen. Diese Konzeption unterstützten auch die Stadtverordneten Weigelt und Kade, der Vertreter der „Boles Zion“ und des jüdischen „Bund“, sodaß diese 19 Stimmen die Wahl des Stv. Klim in den Schulrat gewährlasteten. In der Sitzung des Senatorenkonvents verlangten jedoch die Vertreter der „Chjena“ und die der N. P. R. je zwei Mitglieder und je zwei Vertreter, sodaß der Senatorenkon- vent zu keiner Einigung kommen konnte und die Angele- genheit somit der Plenarsitzung des Stadtrats zur Erlebi- gung überwiesen werden mußte. Ein Vorschlag der N. P. R. an die P. P. S., anstelle des deutschen einen eigenen pol- nischen Kandidaten vorzuschlagen, um damit den Streitfall zu beilegen, wurde von der P. P. S. abgelehnt.

Die Angelegenheit kam somit auf die Tagesordnung der letzten Stadtratsitzung, jedoch an fast letzter Stelle. Die vorhergehenden Punkte der Tagesordnung erfordereten soviel Zeit, daß gegen 1 Uhr nachts unsererseits Vertagung der Sitzung gefordert wurde, da inzwischen verschiedene Stadtverordnete, die uns die Unterstützung zugesagt haben, den Sitzungssaal verlassen mußten. Unser Antrag wurde abgelehnt. Man schritt zur Erledigung einer Interpellation des Stadtverordneten Credo in Sachen der Annaherung einer Abmachung des früheren Magistrats, gemäß welcher ein städtischer Kaufplatz einem „Fürsorgekomitee zum Bau eines Waisenheims in“ Pacht übergeben wurde. Nachdem beschlossen wurde, den Kontrakt zu lösen, verließ die P. P. S. demonstrierend den Sitzungssaal, sodaß keine Hoffnung übrig geblieben ist, unseren Kandidaten durchzubringen. Eine ganze Reihe von Fragen wurde für die nächste Sitzung verlagert. Die Wahl der Schulratsmitglieder wurde jedoch vorgenommen, obwohl hiergegen sowohl unsererseits als auch seitens der Juden energisch protestiert wurde. Die renitente Stadtratsmehrheit nahm die Gelegenheit wahr, um gemäß ihrem Lösungswort — „Erbschaft und un- und Erbjuden der Stadt Boda — den letzten Deutschen nicht in den Schulrat hineinzulassen. Die Stadtverordne- ten Prastler und Dr. Schweg wiesen auf diese Vergewaltigung der Minderheiten hin, verwahrten sich ge- gen eine so antikonstitutionelle Handlungsweise und forder- ten nochmals Vertagung. Nichts half jedoch. Es wurden je zwei Chjenisten und je zwei N.P.R.-Beute in den Schulrat gewählt.

In Anbetracht dieses skandalösen Verhaltens der Stadtratsmehrheit reicht die Fraktion der Deutschen Arbeit- partei in der heutigen Stadtratsitzung einen (schärfen Pro- test) hiergegen ein und wird in einem Dringlichkeitsantrag die Annulierung der Wahl und die Vornahme von Neu- wahlen fordern.

Für die Aufnahme dieser Zeilen danken wir im voraus.

Für das Präsidium der Fraktion der Deutschen Arbeiterpartei:

(gezeichnet): P. Ruz, D. Graf.

Der Protest im Stadtrat.

In der gestrigen Stadtratsitzung brachte der Stadt- verordnete Otto Graf im Namen der Stadtverordneten- fraktion der „Deutschen Arbeiterpartei“ folgende Erklä- rung ein:

Die Stadtverordnetenfraktion der „Deutschen Arbeit- partei“ als Vertreterin der gesamten deutschen Arbeiter- schaft der Stadt Boda unterbreitet nachstehende Erklärung:

Auf der letzten Plenarsitzung des Stadtrats der Stadt Boda wurden die Wahlen zum Bezirkschulrat unter völ- liger Umgehung der demokratischen Grundsätze vollzogen.

Die betreffenden Wahlen fanden in dem Moment statt, wo die gesamte Linke zum Zeichen des Protests in einer anderen Angelegenheit den Beratungssaal verließ, und obwohl die Stadtverordneten Prastler und Dr. Schweg gegen ein solches Vorgehen der Mehrheit pro- testierten, indem sie — auf die Abwesenheit der ge- samten Linken sowie der völkischen Minderheiten hinweisend — die Vornahme von so wichtigen Wahlen ohne diese letztgenannten Gruppen als im höchsten Grade taktlos be- zeichneten.

Daß es der Mehrheit des Stadtrats lediglich um die Ausnützung der Abwesenheit sowohl der linken Parteien als auch der völkischen Minderheiten ging, beweist schon der Umstand, daß auf Antrag des Stadtverordneten Prastler fast einstimmig beschlossen wurde, die weiteren Beratungen wegen vorgerückter Stunde — war bereits

1 1/2 Uhr nachts — zu vertagen. Dieser Beschluß wurde seitens des Vorsitzenden des Stadtrats und der Führer der Mehrheitsparteien jedoch unter der Begründung, die voll- zogene Abstimmung sei ein Mißverständnis, aufgehoben. Erst die erneute Abstimmung rief bei den Stadtverordne- ten der Mehrheitsparteien die falschen Ziele ihrer Führer nach und ergab selbstverständlich dann die Ablehnung des Antrages Prastler.

Ein solches Handlungsweise der Mehrheit des Stad- rats ist nicht etwa nur eine Vergewaltigung der linken Parteien und der völkischen Minderhei- ten, sondern sogar eine Vergewaltigung der elementarsten Grundsätze der Konstitution der Republik Polen, welche allen Bürgern die gleichen und ungeschmälerten Rechte der Republik garan- tiert ohne Unterschied auf deren politische, völkische oder konfessionelle Zugehörigkeit und Ueberzeugung.

Es ist dies eine neue Vergewaltigung der Gerechtigkeit durch die zur Zeit im hiesigen Stadtrat herrschende Mehrheit.

Es ist dies ferner eine trasse Verzerrung der so gepriesenen traditionellen Toleranz Po- lens, auf welcher letztere die großen Männer der Republik einstmals so stolz waren.

Dieses Vorgehen widerspricht auch durchaus den schönen Worten einer der letzten Mehrheitsfraktionen im hiesigen Stadtrat, die in ihrer Partei-Deklaration aus- drücklich hervorhob, daß sie die gerechten Wünsche und For- derungen auch der nichtpolnischen Bevölkerung berücksi- tigen werde.

Wir haben das volle Recht, die Berücksichtigung un- serer Bedürfnisse schon aus dem Grunde zu fordern, weil gerade die Stadt Boda in allererster Linie das Werk unserer Verfahren ist.

Die Fraktion der „Deutschen Arbeiterpartei“ erhebt daher gegen die Vergewaltigung der demokratischen Grund- sätze den allerenergischsten Protest und stellt den Dring- lichkeitsantrag, die vollzogenen Wahlen zum Bezirks- Schulrat für ungültig zu erklären und nachma- lige Wahlen vorzunehmen.

Stadtr. Graf, der die Erklärung in eindrucksvol- ler Weise zur Verlesung brachte, wurde durch Zuhlen und Trampeln von der Nationalen Arbeiterpartei nach der Chjena mehrfach am Sprechen gehindert, so daß der Vorsitzende sich genötigt sah, Ruhe zu schaffen. Dieses unwürdige Benehmen der Rechten erreichte seinen Höhe- punkt, als Stadtr. Graf, auf einen Zwischenruf reagie- rend, einen Stadtverordneten, der ihn „nach Danzig schickte“, selbst zu den Hottentotten schickte. Stadtr. Graf wurde deswegen vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen (1).

Der Dringlichkeitsantrag

hat folgenden Wortlaut:

Auf der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversamm- lung wurden nach Mitternacht und nach Ablehnung zahl- reicher Anträge auf Vertagung der Sitzung Wahlen in den Bezirkschulrat durchgeführt und dies in einem Augenblick, wo die gesamte Linke und die völkischen Minderheiten im Saale nicht mehr anwesend waren.

In Anbetracht dessen, daß erstens die Stadtverordneten Prastler und Dr. Schweg auf die Taktlosigkeit eines solchen Vorgehens erfolglos hingewiesen haben; daß zweitens die Abwesenheit der Linken sowie der völk- schen Minderheiten von der Mehrheit ausgenutzt wurde, was schon daraus hervorgeht, daß zwei Punkte der Tages- ordnung, die höchstens je eine Minute zur Erledigung be- durften, bis zur nächsten Sitzung vertagt wurden; daß drittens der Antrag des Stadtverordneten Prastler auf Vertagung der Wahlen bis zur nächsten Sitzung die absolute Mehrheit erhielt und erst später unter dem Vorwand eines Mißverständnisses bei der Abstimmung vom Vorsitzenden eine erneute Abstimmung durchgeführt wurde, die ein von der ersten Abstimmung abweichendes Ergebnis zeitigte; daß viertens die den Wahlen vorangegangene Sitzung des Se- natorenkonvents das Präsidium der Stadtverordnetenver- sammlung davon überzeugt hat, daß die völkischen Minde- rheiten und die Linke auf eine Vertagung im Bezirkschul- rat unbedingt bestehen, sowie daß fünftens die Stimmen- abgabe der völkischen Minderheiten und der Linken die Durchbringung eines Vertreters sowie eines Stellvertreters garantiert, beantragen die Unterzeichneten: die Stadtver- ordnenversammlung möge beschließen: Die durchge- führten Wahlen in den Bezirkschulrat werden für ungültig erklärt und das Prä- sidium aufgefordert, neue Wahlen vorzu- nehmen.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde von Stadtver- ordneten Klim begründet, der nochmals auf das unge- rechte und taktlose Vorgehen der Mehrheit hinwies. Er trat mit Wärme und Ueberzeugung für die Ungültig- keitserklärung der Wahlen ein und hob die Bedeutung hervor, die für uns Deutsche ein Vertreter im Bezirkschul- rat hat. Stadtverordnete Klim versuchte man ebenfalls durch Lärm und Zwischenrufe am Sprechen zu hindern. Auch er wurde nach Berlin und Danzig geschickt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde abgelehnt, da er nicht die erforderliche Anzahl von Unterschriften aufwies.

Telephon 26-89 tätig.

Harry Spreiregen

Łódź, Piotrkowska 12, Wohnung 23.

Lokales.

Łódź, den 19. September 1923.

Stadtrafsitzung vom 18. September.

bip. Vor dem Übergang zur Tagesordnung richtet Stadtk. Milmann an das Präsidium die Frage, weshalb die Kommission für allgemeine Fragen noch nicht die Interpellation in der Angelegenheit der aufstrebenden Platte der „Kozmój“ Gesellschaft erledigt habe, worauf der Vorsitzende Dr. Fichna erklärt, daß die Kommission die notwendigen Angelegenheiten zu erledigen habe nach denen auch oben erwähnte Angelegenheit an die Reihe kommen werden.

(Es folgt hierauf der Protokoll der Deutschen Arbeitspartei, den wir an anderer Stelle bringen. Die Schrift.) Stadtk. Rosental verliest nunmehr im Namen der jüdischen Volkspartei seine Erklärung.

Im Anschluß hieran wird der Magistrat um Aufnahme einer 5proz.igen langfristigen Anleihe beim Staatsschatz in Höhe von 450 M. M. für den Bau von Volksschulen, ferner einer kurzfristigen 3 Millionen-Anleihe in der Kommunalbank für die teilweise Deckung des Haushaltsdefizits, und schließlich die Stellung der Handelsabteilung zum Ausstellen von Wechseln in einer Höhe von 1500 Millionen Mark zwecks Ankauf von Lebensmitteln ermächtigt.

Stadtk. Gabert berichtet über den Kommissionsantrag in der Angelegenheit einer Erhöhung der Marktländungsgebühren auf 10,000 und 15,000 Mark, der nach einer Aussprache angenommen wird.

Zu weiteren Verläufe der Beratungen wird beschlossen, für die Abfertigung von Handelsbüchern zugunsten der Stadtkasse eine Gebühr von 50,000 M. für ein Buch von 50 Blatt und für jedes weitere Blatt je 1000 Mark zu erheben.

Nach Annahme des Vorschlags des Museums für Kunst und Wissen berichtet Stadtk. Ballowski in der Angelegenheit einer Wiedereinführung des ermäßigten Straßenschnapshauspreises bis 9 Uhr früh und bringt einen Beschluß der Kommission für allgemeine Fragen vor, in dem der Magistrat aufgefordert wird, auf die Straßenbahnabteilung in diesem Sinne einzuwirken.

Dieser Beschluß ruft eine lebhafte Diskussion hervor, während der Stadtk. Dr. Schweig eine Reihe von diesbezüglichen Forderungen, wie Einführung von bedeutenden Ermäßigungen für die Schulkinder und Umgebungsstellen von den Straßenbahnen auf die Fußgängerbahnen usw., erhebt.

Stadtk. Kapalski weist in einer längeren Rede auf die Unfähigkeit der gegenwärtig herrschenden Stadtratsfraktion hin, die sich nicht um eine Wiedereinführung der ermäßigten Fahrkarten bemühe.

Stadtk. Jelfer hingegen wagt die Schuld auf den alten Magistrat, der dies hätte tun können, als er den Vertrag mit der Straßenbahngesellschaft unterschrieb. Der gleichen Ansicht ist auch Vizepräsident Wojewódzki.

Stadtk. Klemm weist auf die ihn erlöschende Politik der N. P. A., im besonderen des Vizepräsidenten Wojewódzki hin, die bestrebt sei, die Tätigkeit des früheren Magistrats zu diskreditieren.

Während der Abstimmung wurde beschlossen, sich an die Straßenbahngesellschaft um Wiedereinführung des ermäßigten Fahrpreises bis 9 Uhr früh zu wenden.

Die Arbeit der interministeriellen Kommission.

bip. Am gestrigen Tage befaßte sich die interministerielle Kommission mit der Aufstellung der Vorschläge an das Finanzministerium und für Industrie und Handel. Die Delegierten der Kommission sammelten das ihnen zugegangene Material und übergaben sie der Kritik. In der Zwischenzeit besuchte der Delegierte des Finanzministeriums Jrg Urban mehrere Fabriken, um die Bücher zu prüfen. An der Schlussberatung in der Wohnung des Stadtk. auch der stellvertretende Wojewode Łęskiowski Teil. Es wurde ein vollständiges Einvernehmen erzielt. Heute begibt sich die Delegation nach Warschau, um die betenden Minister von dem Ergebnis der Beratungen in Kenntnis zu setzen.

Sobz auf der Sowjetzer Ausstellung. In der Ausstellung für Landwirtschaft und Industrie in Łódź, die vom 19. bis zum 24. September stattfindet, nimmt auch die Stadtk. städtische Abteilung für Kultur und Bildung teil, und zwar wird diese Abteilung in einem besonderen Raum eine Reihe von Kartogrammen, Plänen und Lichtbildern ausstellen, welche die Entwicklung des städtischen Schulwesens in Łódź veranschaulichen.

Warta soll eine katholische Kirche erhalten. Dieser Tage war die eine Abordnung der Einwohner von Warta mit Pfarrer Rybus an der Spitze an den Magistrat mit der Bitte um Zuteilung eines Grundstücks für den Bau einer Kirche in Warta. Der Magistrat beschloß, den Bau von 3 Morgen Land zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen, jedoch unter der Bedingung, daß noch im Laufe der nächsten drei Jahre mit dem Bau der Kirche begonnen wird.

Sobz soll 17 Offizierhäuser erhalten! Der Magistrat stellte der Kooperative für den Bau von Offizierhäusern 2 Morgen Land zwischen der Bogusławowa, Placka und Makowa zum Bau von 17 kleinen Offizierhäusern zur Verfügung.

Aus den städtischen Kommissionen. Heute findet eine Sitzung der Stadtkommission für allgemeine Fragen statt, auf der folgende Angelegenheiten besprochen werden sollen: Der Bau eines städtischen Spitals, die kostenlose Abgabe von 25 000 Stück Ziegeln an den städtischen Wohlfahrtsverein für den Bau einer Wohnkammer und der Vertrag des Magistrats mit Herrn Reicher wegen Verpachtung des städtischen Platzes in der Srebranka 51. — Desgleichen findet heute eine Sitzung der Finanzkommission statt. Die Tagesordnung umfaßt u. a. folgende Punkte: Die Einziehung von Rücklagengebühren für die Vergrößerung der Ellipse der städtischen Steuern, eine kurzfristige Anleihe des Magistrats in der Kommunalbank in Höhe von 7 Millionen Mark, der Verzicht der Stadt auf die Wohnungsteuer von einkommern Wohnungen.

Zu der letzten Sitzung der Delegation der Magistratsabteilung für Kultur und Bildung wurden die Wahlen für die ständigen Kommissionen vorgenommen. In die Bildungs-Kommission wurden gewählt: Racynski, Macinski, Goldenski, Dr. Kocinski, Kreniel, Gorenowski, Papis und Weiselt; in die Kommission für Bildung außerhalb der Schule: Branne, Wolanski, Dr. Kocinski, Klim, Pichstein, Nowicki, Rusel, Kreniel, Gorenowski und Zomcal; in die Kommission für Museen und Bibliotheken: Klemm, Gryncki, Kocinski, Papis, Wolanski und Zomcal; in die Wirtschaftskommission: Papis, Gryncki, Weiselt, Bialer, Kurel und Wojewódzki; in das Kuratorium der Arbeitsschule: Papis, Weiselt, Dr. Kocinski, in das Kuratorium der Haushaltungsschule: Macinski, Zomcal und Nowicki.

Die Steuereinsparnisse. Das Pressebüro des Finanzministeriums teilt mit: die Einnahmen an öffentlichen Steuern betrugen im April d. J. 1823 358 Millionen Mark, wovon 370 301 Millionen auf direkte, 69 472,2 Millionen auf indirekte Steuern entfielen.

bip. Von der Vermögenssteuer. Im Sinne des Gesetzes über die Vermögenssteuer, unterliegt jedes bewegliche oder unbewegliche Eigentum laut dem Wertbestand vom 1. Juli 1923, abzüglich der darauf lastenden Schulden. Industrie- und Handelsunternehmer, die Handelsbücher führen, müssen das durchschnittliche Vermögen auf Grund der Handelsbücher ohne Abzug des Anlage- und Reservekapitals berechnen.

Der Leiter des Referats zur Bekämpfung des Wuchers Dr. Albin Grabowski nahm von seinem Erholungsurlaub zurückgekehrt, seine Amtstätigkeit bereits wieder auf.

Vor einem allgemeinen Hotelstreik. Vorretern stand eine Versammlung der Hotelangestellten statt, auf der über die Frage der Lohnregelung und über die Angelegenheit des Streikes im Hotel „Savon“ beraten wurde. Es wurde u. a. beschlossen, sich an die Bezirkskommission der polnischen Fachverbände mit der Bitte um Unterstützung der Forderungen der Hotelangestellten zu wenden. Zum Schluss der Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der die Verwaltung des Hotelangestelltenverbandes aufgefordert wird, ein allgemeines Lohnabkommen durchzusetzen, das sich auf die Berechnungen der polnischen Kommission stützt, sowie den Reglementations-Kommission um die Einberufung einer Konferenz mit den Hotelbesitzern zu ersuchen. Die streikenden Angestellten des Hotels „Savon“ sollen materiell und im Notfall durch einen Streik sämtlicher Hotelangestellten unterstützt werden.

Lotterie.

7 Polnische Staatslotterien. (Ohne Gewähr). Am 10.ziehungstage der 5. Klasse fielen größere Gewinne auf folgende Nummern:

10 000 000 M. auf Nr. 11406.
3 000 000 M. auf Nr. 67721.
500 000 M. auf Nr. 61372.
400 000 M. auf Nr. 6689.
200 000 M. auf Nr. Nr. 9667 75192.
100 000 M. auf Nr. Nr. 64295 64255 62645 66646 66722

Sport.

Meisterschaft um Westpolen.

„Warta“ I (Posen) — S. R. S. I 2:5 (0:8).

Der Sieg unseres Meisters am Sonntag war durchaus verdient, da man S. R. S. in diesem Jahre noch niemals so spielen sah: die ganze Mannschaft gab ihr Bestes; besonders muß das aufopfernde Spiel der Sturmreihe hervorgehoben werden, die diesmal einen bis dahin noch nie dagewesenen „Zug nach dem Tore“ zeigte. Auch dieäuferreihe spielte sehr ergiebig, denn sie verstand es ausgezeichnet, das gefährliche Mittelfeld der Gäste in Schach zu halten, der eigenen Sturmreihe nicht zu lassen. Die Verteidigung spielte bis zum vorletzten Moment sehr gut, aber in den letzten Minuten noch besonders gut, was durch der Gegner oft gefährliche Momente schaffen konnte. Zuletzt der Torwart: Kalkuliert und großes Glück bei den Toren sehr viel zu diesem Erfolge bei.

„Warta“ verdankt diese geradezu katastrophale Niederlage allein der Verteidigung (sollte alle Łódzger Clubschaften haben sicher eine bessere). Dieäuferreihe, haupt-

lich der repr. Spojba, spielte allgemein, ebenso die Sturmreihe, welche technisch vollkommen ist, nur kombiniert dieselbe zu viel vor dem Tore und verläßt das Schießen. Da beide Mannschaften die ganze Zeit fair spielten (gänzlich unerwartet!) hatte der Spielleiter Herr K. K. K., Kralan, eine leichte Aufgabe, die er auch vollständig parteilos löste.

Beide Mannschaften sandten ihre besten Elf auf dem Rasen, und zwar „Warta“: Jasada, Geller, Dżewski, Janicki, Koceli, Spejda, Dabert, Przybysz, Stalinski, Einbacher, Kujawski, S. R. S.: Fitzer, Goll, Kowalczyk, Sobiel, Otto, Gante, Sledz, Sarg, Müller, Szpurno, Durka. „Warta“ hatte den Anstoß und kam auch bis vor das Tor der Roten, doch rettete Kowalczyk. S. R. S. ging sodann zum Angriff über und ein scharfer, hoher Schuß Müllers stellte die Roten in Führung (6. Minuten). S. R. S. blieb weiterhin der angreifende Teil und erzielte auch in der 40. Minute durch Freistoß, welcher von Durka geheadet und von Gante verbessert wurde, das zweite Tor. Drei Minuten später konnte der an diesem Tage schicksalreiche Durka das Resultat auf 3:0 stellen, bei welchem es auch in die Pause ging.

Nach Seltermisch setzte sich S. R. S. vor dem Tore der Grünen fest und konnte auch schon in der 47. Minute, einen Freistoß der vom Torwart „Warta“ verhindert wurde, in das 4. Tor verwandeln (Kange). Der Wiederlage bewußt, ergriffen die Posierer ein recht stolzes Denkmälchen von Stalinski schon in der ersten Angiffen flüchtete die Verteidigung der Roten. „Warta“ befrängte anstandslos, doch ein „Befreiungsstoß“ von Gante, welchen der glücklich frei dastehende Durka abging, brachte das 5. und letzte Tor für S. R. S. Die Gäste erwachten nun ein mächtiges Tempo: die Sturmreihe geführt von Grolla, welcher mit 17 Treffern die Position wuschelte, bedrängte, noch ohne Erfolg, denn mehrere scharfe Schüsse trafen die Latte oder wurden von Fitzer aufgefangen. Erst die 75. Minute brachte den Grünen das erste Tor, indem Goll den Ball ins eigene Netz schickte, was die Gegner zu weiteren Angriffen anspornte. Durch einen starken Schuß stellte Einbacher das endgültige Resultat auf 5:2.

Meisterschaftsspiele der „C“-Klasse.

Concordia — Elektrotechniker 9:0.

Schiedsrichter Herr Marcyński.

G. M. S. — Sturm II 7:0.

Spielleiter Herr Gante.

Sokol — S. R. S. III 4:0.

Spielleiter Herr Salomonowicz.

Gesellschaftsspiel.

Agduth — Rantow 0:5.

ar.

Vereine und Versammlungen.

Der evangel. luth. Frauenverein der St. Johannsgemeinde hält am Donnerstag d. 20. d. M., um 4 Uhr nachm., seine erste Monatsversammlung nach den Ferien ab, wozu alle Mitglieder freundlichst eingeladen werden. Am kommenden Donnerstag, d. 27. d. M., um 5 Uhr nachmittags wird der Verein eine auf speziellen Wunsch (weil Herr Pastor Dietrich abwesend ist) einen Vortrag halten, und zwar über das Thema: „Die Tätigkeit der Frau in der christl. Gemeinde.“

Z. Groß, Pastor.

Zufchriften aus dem Leserkreise.

Für die hier veröffentlichten Zuschriften übernehmen wir nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Zur Frage der Ehrung des Andenkens an Ludwig Wolff.

Seitdem aus Deutschland die unerwartete Nachricht von L. Wolffs Tode eintraf, steht es für viele Kreise der deutschen Gesellschaft Kongresspolens fest, daß es ihre Pflicht und Ehrensache ist, zur Ehrung des Gedächtnisses an L. Wolff etwas zu tun. Völlig spontan tauchte in den ersten Tagen nach seinem Tode der Gedanke an die Ueberführung des Leichnams auf: man wollte den, der sein Lebenlang für uns gearbeitet hatte, auch als Toten gern unter uns haben. Mit der Zeit trat dieser Gedanke aber immer mehr zurück. Die einen wiesen auf die ungeheuren Unkosten und die Schwierigkeiten einer Ueberführung hin; die anderen gaben ihrem Zweifel darüber Ausdruck, ob es — falls man das zur Ueberführung notwendige Geld auch zusammenbringen sollte — im Sinne des Verstorbenen wäre, wenn man diese Summe für diesen Zweck verwendete. Jetzt ist dieser Gedanke völlig aufgegeben.

Umso dringender wird nun die Frage: Was nun? Was könnte man tun und was sollte man tun? Als Beitrag zur Lösung dieser Frage sei ein praktischer Vorschlag angeführt.

Wenn wir das Andenken an Ludwig Wolff seinem Geiste entsprechend ehren wollen, so tun wir, glaube ich, am besten, an seine viel zu früh abgebrochene Tätigkeit anzuknüpfen. L. Wolff stand an einem Werke, an dem gerade bei uns in Kongresspolen tätige Männer nottun. Denn was tat uns drinnen noch als tüchtige und ehe Volksglieder? Und welche Arbeit ist für uns wohl wichtiger als das deutsche Lehrermittel, das alljährlich tausende deutsche Lehrer heranbildet? Wie sieht es aber mit der Versorgung dieser wichtigen Anstalt mit tüchtigen Lehrkräften aus? In ganz Kongresspolen findet man — aller Wahrscheinlichkeit nach — keinen zweiten Mann, der die

falls als Vermittler melden. Off. unter „Patent“ an die Geschäftsst. d. B.